

Die Aufholjagd ist vorerst zu Ende

Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern weitet sich wieder

Von Christian Mihatsch

CHIANG MAI. Bis zur Finanzkrise im Jahr 2008 hat sich die Einkommensschere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern schnell geschlossen. Dies ist nicht länger der Fall. Über die Hälfte der Entwicklungsländer fällt wieder zurück.

Die Weltbank hat die Entwicklungsländer abgeschafft. In ihrer Datensammlung wird nicht länger zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern unterschieden. „Dabei geht es auch darum, die mentalen Modelle zu aktualisieren, die sich die Menschen (von der Welt) machen“, sagte Tariq Khokhar, ein Weltbank-Statistiker, der Internetpublikation Quartz. Der Weltbankökonom Umar Serajuddin ergänzt: „Das Hauptproblem sind die riesigen Unterschiede zwischen Ländern wie Malawi und Malaysia. Malaysia ist eher mit den USA vergleichbar als mit Malawi. Wenn wir derart unterschiedliche Länder in einer Gruppe zusammenwerfen, ist das nicht wirklich nützlich.“

In den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 haben sich viele Entwicklungsländer sehr schnell entwickelt. Dort lag die Wachstumsrate zeitweise um fünf oder mehr Prozentpunkte höher als in den Industriestaaten, und die Einkommenslücke zu den Industriestaaten schloss sich schnell. Von 2004 bis 2008 konnten die Menschen in Schwellenländern wie China oder Brasilien davon ausgehen, dass ihr Pro-Kopf-Einkommen in 42 Jahren auf US-Niveau steigt.

Dem ist nicht länger so, wie die Weltbank in ihrem Wirtschaftsausblick schreibt. Dort hat sie zum einen die Wachstumsaussichten für die Weltwirtschaft erneut nach unten korrigiert. Dieses Jahr soll die Weltwirtschaft um 2,4 Prozent zulegen statt um 2,9 Prozent, wie die Weltbank noch im Januar geschätzt hatte. Zum anderen haben sich die Aussichten für die Entwicklungsländer deutlich verschlechtert: Weniger als die Hälfte

holt überhaupt noch gegenüber den Industriestaaten auf. Die Anzahl der Jahre, um das US-Niveau zu erreichen, hat sich verlängert: Staaten wie Nigeria müssen nun über 100 Jahre warten und die ärmsten Länder gar über 200 Jahre.

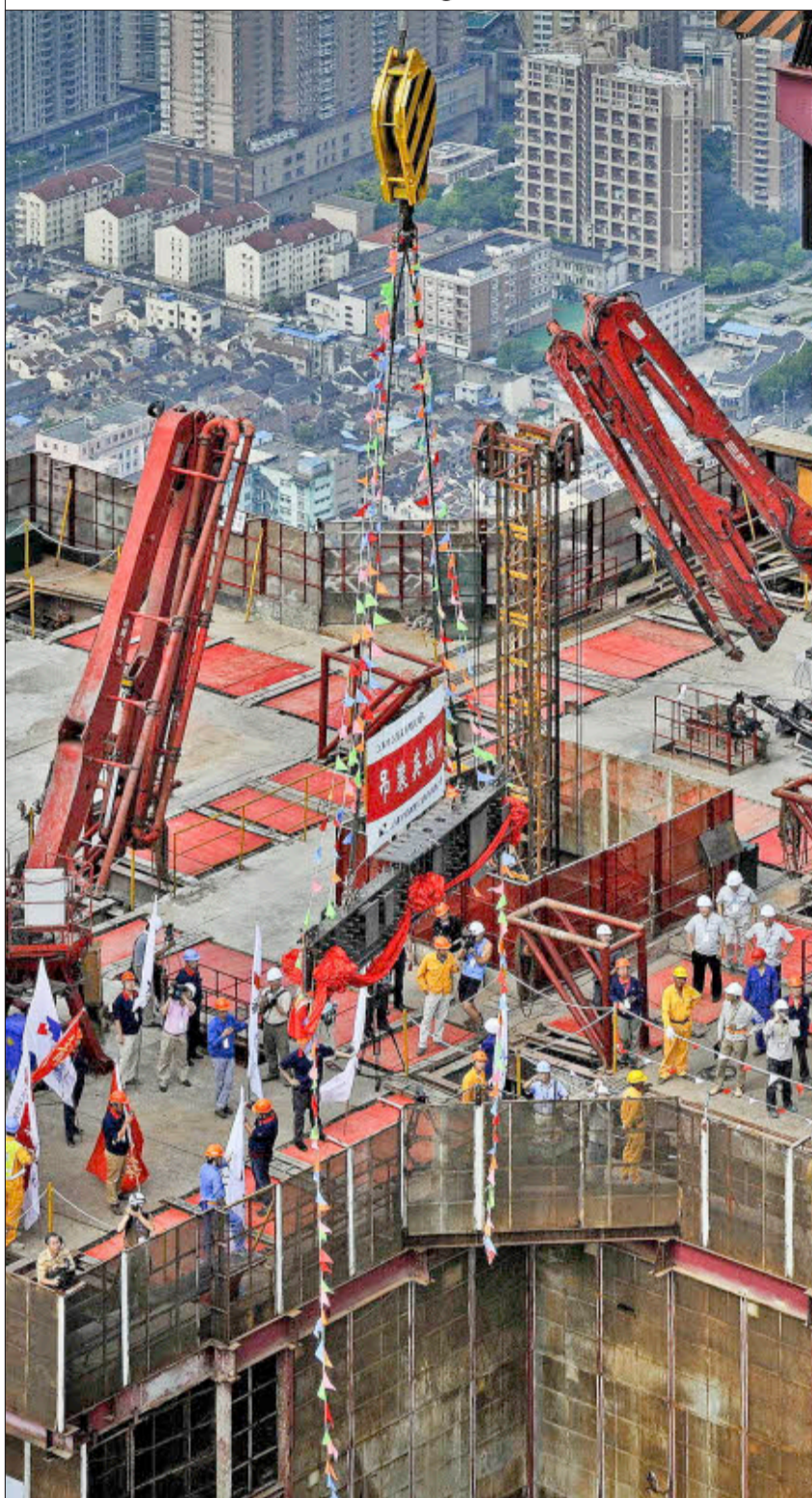
Für viele Entwicklungsländer ist die Zeit der Aufholjagd also vorerst zu Ende. Aus Sicht der ökonomischen Theorie ist dies erstaunlich: Eigentlich müssten ärmere Länder schneller wachsen als reichere, weil in den ärmeren Kapital einen höheren Ertrag abwirft. Dies führt in der Theorie dazu, dass Kapital in die ärmeren Länder fließt.

Praktisch hat die Konvergenztheorie aber nur selten und nur in einigen Ländern funktioniert. 1997 schrieb der damalige Chefökonom der Weltbank Lant Pritchett: Der zunehmende Abstand zwischen reichen und armen Ländern ist „das dominierende Merkmal moderner Wirtschaftsgeschichte“. Die Schere öffnete sich also immer mehr. Doch dann wendete sich plötzlich das Blatt: Viele Entwicklungsländer, allen voran China, begannen schnell zu wachsen. 1995 war die Welthandelsorganisation WTO gegründet worden und 2001 trat China der WTO bei. Das Wachstum des Weltanwachsens verdoppelte sich auf neun Prozent.

Viele Länder kletterten die Einkommensleiter hoch

Die Aufholjagd lohnte sich: Im Jahr 1994 hat die Weltbank 64 Staaten als Länder mit niedrigem Einkommen eingestuft – die niedrigste Kategorie mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von weniger als 1045 Dollar. Bis zum Jahr 2014 haben es 33 dieser Staaten in eine höhere Einkommenskategorie geschafft. Damit lebten noch 613 Millionen Menschen in den ärmsten Ländern der Welt und nicht mehr 3,1 Milliarden wie noch zehn Jahre zuvor. Derartige Erfolge werden sich aber nicht wiederholen lassen, wenn sich das globale Wachstum verlangsamt und nur wenige Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten aufholen.

„Keine harte Landung“



CHINAS WIRTSCHAFT

wird nach Aussage von Premierminister Li Keqiang nicht in eine Krise schlittern. China werde sein Wachstumsziel von 6,5 bis 7 Prozent und alle anderen Vorgaben für dieses Jahr erreichen. Das Bild zeigt eine Hochhausbaustelle in Shanghai. FOTO: DPA

KURZ GEMELDET

GLYPHOSAT Noch keine Entscheidung

Wegen der Nachwehen des Brexit-Votums vertagt die EU-Kommission die Entscheidung über den umstrittenen Unkrautvernichter Glyphosat auf die letzte Minute. Zu einer Entscheidung über eine Verlängerung der Glyphosat-Zulassung kam es nach Angaben aus der Behörde am Montag nicht. Die Zulassung für die Substanz in Europa läuft am Donnerstag (30. Juni) aus. dpa

VOLKSBANKEN Strafzins bei Zentrale

Deutschlands Volks- und Raiffeisenbanken müssen mit höheren Kosten wegen der extrem niedrigen Zinsen rechnen: Ab Anfang August werden sie für Geld, das sie bei ihrem Spitzeninstitut lagern, zur Kasse gebeten. „Seit die EZB Negativzinsen erhebt, haben wir die Volks- und Raiffeisenbanken, die ihre Liquidität bei uns anlegen, davor bewahrt, Negativzinsen zahlen zu müssen. Wir sind jetzt gemeinsam zu der Auffassung gelangt, dass wir das so nicht länger durchhalten können, ohne unsere eigene Gewinn- und Verlustrechnung zu ramponieren“, sagte der Chef der Düsseldorfer WGZ Bank, Hans-Bernd Wolberg. dpa

VERDI-FORDERUNG Zehn Euro Mindestlohn

Vor dem Beschluss über die künftige Höhe des Mindestlohns in Deutschland pocht Verdi-Chef Frank Bsirske auf eine spürbare Erhöhung. „Der Mindestlohn muss im kommenden Jahr neun Euro erreichen und dann in schnellen Schritten in Richtung zehn Euro weiterentwickelt werden“, sagte Bsirske. dpa

UMWELTBUNDESAMT Eigene Abgasmessung

Das Umweltbundesamt bereitet angesichts des Skandals um überhöhte Abgaswerte bei Dieselaautos eigene Messungen vor. „Unser Messprogramm steht kurz vor der Ausschreibung“, teilte das Amt mit. Demnach sollten Prüffirmen Testreihen auf der Straße übernehmen. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) reagierte reserviert: „Die zuständige Behörde ist das Kraftfahrt-Bundesamt.“ dpa

Milchbauern dürfen hoffen

Agrarminister wollen helfen

LUXEMBURG (dpa). In Finanznot geratene Milchbauern können auf neue Hilfen von der Europäischen Union hoffen. Etlche EU-Agrarminister forderten am Montag die EU-Kommission auf, im Juli ein neues Hilfspaket vorzulegen, wie der niederländische Landwirtschaftsminister Martijn Van Dam nach einem Treffen mit Amtskollegen in Luxemburg sagte. Unter anderem sollen neben weiterer finanzieller Unterstützung auch Maßnahmen möglich sein, mit denen die Milchproduktion schrittweise gesenkt werden kann. Die Niederlande haben derzeit den Vorsitz unter den EU-Staaten inne.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt erhofft sich neue EU-Finanzhilfen in Höhe von etwa 500 Millionen Euro für die Bauern. Das entspricht in etwa dem Volumen des letzten Hilfspaketts, das die EU im September 2015 bereitgestellt hatte. Davon waren damals rund 69 Millionen Euro auf Deutschland entfallen. Dieses Geld sei inzwischen fast vollständig an deutsche Landwirte ausbezahlt worden, sagte Schmidt.

EU-Agrarkommissar Phil Hogan ist bereit zu helfen. Man halte die Augen nach allen verfügbaren Optionen offen, um ein Gleichgewicht auf den Milchmarkt zu schaffen, sagte er. Auch weitere finanzielle Mittel seien denkbar. Allerdings hätten viele Staaten die im September bereitgestellten Mittel noch nicht ausgeschöpft.

Deutsche mögen es weiter billig

Beim Einkaufsverhalten ist der Preis nach wie vor das entscheidende Kriterium

ESSEN (dpa). Ganz gleich, ob das bunte Obst im Laden zu kunstvollen Pyramiden gestapelt ist oder der fangfrische Fisch mit glasklaren Augen aus dem Eis glotzt, bei vielen Verbrauchern wandert der Blick zuerst auf das Preisschild. Jahrelange Diskussionen über ein Ende der „Geiz ist geil“-Mentalität haben in Deutschland nach Ansicht von Experten bislang kaum Spuren hinterlassen.

Vor allem bei der Auswahl ihres bevorzugten Lebensmittelgeschäfts ist bei deutschen Verbrauchern der Preis immer noch Trumpf. „Insgesamt zeigt sich, dass in Deutschland der Preis beim Lebensmitteleinkauf eine sehr wichtige Rolle spielt. Er beeinflusst die Kaufentscheidung massiv“, stellt der Vorsitzende der Geschäftsführung des Marktforschungsunternehmens Nielsen in Deutschland, Ingo Schier, fest. Erst nach dem Preis folgten Kriterien wie Geschmack, Auswahl oder Marke.

Schier belegt diese Behauptung mit einer aktuellen Internetumfrage seines Unternehmens unter mehr als 30.000 Verbrauchern aus 61 Ländern. Während für fast zwei Drittel (63 Prozent) der Kunden in Deutschland das gute Preis-Leistungs-Verhältnis bei der Auswahl eines Lebensmitteladens im Vordergrund stehe, gehe es bei den europäischen Nachbarn vor allem um ein qualitativ hochwertiges und frisches Angebot (58 Prozent). Bei den deutschen Kunden rangiere das Angebot an Frischeprodukten dagegen erst auf

Platz drei der Rangliste. Wichtiger als das Angebot sei sogar noch die Lage des Geschäfts.

„Die Menschen sind überall preisbewusst, in Deutschland aber noch mehr als anderswo“, beschreibt der Geschäftsführer des Kölner Handelsforschungsinstituts EHI, Michael Gerling, die Mentalitätsunterschiede. Mit einem Marktanteil von deutlich über 40 Prozent seien Discounter in Deutschland so gefragt wie in keinem anderen Land. Hintergrund sei,



Im Supermarkt orientieren sich die deutschen Verbraucher vor allem am Preis. FOTO: DPA

dass die Verbraucher in Deutschland über Jahrzehnte hinweg vor allem darauf geachtet worden seien, auf den Preis zu schauen. „Das lässt sich über Nacht nicht umkehren.“ Da lande dann eher der billige Gouda im Einkaufswagen als die teure französische Käsespezialität. „Die meisten Menschen in Deutschland sind hier mit einem guten Grundprodukt zufrieden. In anderen Ländern gibt es mehr einen Hang zu Spezialitäten“, sagt Gerling.

Auch die regelmäßig zu den Feiertagen bei den Discountern angebotenen Gourmet-Spezialitäten waren bei den Kunden nach Einschätzung des Marketingexperten Martin Fassnacht von der Wirtschaftshochschule WHU bislang kein durchschlagender Erfolg. „Wir sind kein Genießervolk wie die Franzosen, Italiener, Spanier oder Österreicher“, sagt Fassnacht.

Wird also das Sparen beim Lebensmitteleinkauf in Deutschland zum Dauerzustand? Beim Handelsverband HDE sieht Sprecher Kai Falk zumindest eine steigende Bereitschaft der Verbraucher, höhere Preise für einzelne Produkte wie etwa Bio-Eier zu bezahlen. Auch EHI-Experte Gerling glaubt an einen Wendepunkt. „Es gibt Chancen, dass der Verbraucher sich von der strikten Orientierung auf den Preis abwendet“, sagt er. Auch wenn ein solcher Richtungswechsel durchaus noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen könnte. WHU-Experte Fassnacht widerspricht: „Die Leute sind nicht bereit, mehr zu bezahlen.“ Uta Knapp (dpa)

Festgeld 10.000 Euro Anlagebetrag

Anbieter-Auswahl	Zinsen in %	Ertrag*
NIBC Direct ¹	1,00	100,00
Crédit Agricole ¹	0,96	96,00
CreditPlus Bank	0,95	95,00
Renault Bank direkt ¹	0,90	90,00
Amsterdam-Trade-Bank ¹	0,80	80,30
MoneYou ¹	0,80	80,00
Ziraat-Bank	0,80	80,00
Garanti Bank Int. ¹	0,70	70,00
Grenke Bank	0,70	70,00
DebeKa Bausparkasse	0,65	65,00
Mercedes-Benz Bank	0,60	60,00
Pbb direkt	0,60	60,00
Oyak Anker Bank	0,55	55,00
IKB Dt. Industriebank	0,50	50,00
Schlechtester Anbieter	0,05	5,00

* in Euro nach einer Laufzeit von 12 Monaten.

¹⁾ Einlagensicherung 100.000 Euro/Person.

Trend beim Festgeld: leicht fallend

tagesaktuell unter:
www.biallo.de/geldanlagevergleich

Fax-Abruf (je 3 Seiten)
Thema: Fax-Abruf-Nr. 09001 /

Annuitätendarlehen	74 98 80 80 22
Baugeld m. Tilgungsaussetzung	74 98 80 81 22
Ratenkredite	74 98 80 82 22

Tagesgeld	74 98 80 83 22
Sparbriefe	74 98 80 84 22
Festgeldanlage	74 98 80 85 22

1 Minute = 1,24 Euro

Kein Fax? Dann senden Sie einen mit 0,85 Euro frankierten Rückumschlag plus 2,55 Euro in Briefmarken pro Liste an:
Versandservice, Lerchenstr. 8 86938 Schondorf
Angaben ohne Gewähr
Stand: 27.06.2016
Quelle: biallo.de